



**akzept e.V.**

Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit  
und humane Drogenpolitik [www.akzept.org](http://www.akzept.org)

21. Juli 2008

## Protest-, Aktions- und Trauertag - Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige

Vor 10 Jahren initiierten die ‚Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit‘ den jährlichen Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige.

Ein Protest-, Aktions- aber auch Trauertag der der vielen tausenden unnötig Verstorbenen gedenkt. Allein im Jahr 2007 wurden in Deutschland 1.394 Drogentodesfälle registriert, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 7,6% (Drogen- und Suchtbericht 2008, [www.drogenbeauftragte.de](http://www.drogenbeauftragte.de)).

Neben der Trauer um die, denen nicht mehr zu helfen ist will der Gedenktag die Aufmerksamkeit auf die Situation der Lebenden richten um weitere unnötige Drogentode zu vermeiden. Es ist gesellschaftliche und politische Aufgabe, die Lebenssituation und die Zukunftschancen der aktuell Drogen gebrauchenden Menschen zu verbessern.

Neben einer Reihe von vorhandenen präventiven und gesundheitspolitischen Angeboten ist die gesetzliche Regelung der kontrollierten Abgabe von Diamorphin an eine Gruppe von Schwerstabhängigen ein überfälliger Schritt. Hier schliesst sich akzept den Forderungen der Eltern, der Selbsthilfe, der Deutschen AIDS-Hilfe und der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin vollständig an!

Die Ergebnisse der 2002 begonnenen und 2006 beendeten Studie dazu zeigen eindeutig, dass die Diamorphinbehandlung sich bei bestimmten Zielgruppen in den Haupterfolgskriterien ‚Verbesserung des Gesundheitszustandes‘ und ‚Rückgang des illegalen Drogenkonsums‘ der Substitutionsbehandlung mit Methadon als überlegen erwiesen hat ([www.heroinstudie.de](http://www.heroinstudie.de)).

Der Gesetzesentwurf liegt vor, die Weiterleitung an den Bundestag wird im Gesundheitsausschuss von einigen Hardlinern der CDU/CSU und der mangelnden Entschlußkraft einiger SPD Angehöriger des Ausschusses blockiert.

Es kann nicht sein, dass die ideologische Fixierung auf eine Substanzmittelfreiheit die parlamentarische Behandlung eines Gesetzes weiter verhindert, dessen Umsetzung vielen Betroffenen eine gesundheitliche und soziale Stabilisierung bringen kann und somit den Patienten und der Gesellschaft als Ganzes nutzen kann. Eindeutige Forschungsergebnisse, Willenserklärungen beteiligter Kommunen und Erkenntnisse aus den Nachbarländern Schweiz, Niederlande und Spanien werden von einer Minorität von Abgeordneten schlicht ignoriert.

Wir appellieren an die Abgeordneten der SPD im Gesundheitsausschuss, ihre zögerliche Haltung aufzugeben und damit die gesundheitspolitische Haltung der Gesundheitsministerin und der Drogenbeauftragten zu unterstützen.

akzept e.V. Christine Kluge Haberkorn  
Geschäftsführung

---

**akzept** e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, [www.akzept.org](http://www.akzept.org),  
c/o Christine Kluge Haberkorn, Südwestkorso 14 | D-12161 Berlin | Fon: 030-82706946 | [akzeptbuero@yahoo.de](mailto:akzeptbuero@yahoo.de)

**Vorstand:** Prof. Dr. Heino Stöver, Bremen | Dirk Schäffer, Berlin | Urs Köthner, Bochum

Beisitzer: Joachim Sieler, Hechingen | Dr. Joachim Eul, Berlin

**Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft Konto 3222500 BLZ 100 205 00

**Protest-, Aktions- und Trauertag**  
**21 Juli 2008**  
**Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige**  
Unter der Schirmherrschaft von , Helga Kühn – Mengel MdB  
Patientenbeauftragte der Bundesregierung

## Wurden 32 Millionen Euro Steuergelder verschwendet? Die Ergebnisse der Heroin-Studie müssen umgesetzt werden!

Am 21.07.2008 jährt sich bundesweit zum 10. Mal in Folge der Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige. Aus drängendem Anlass wurde erneut die medizinische Heroinvergabe zu unserem zentralen Thema erhoben.

Hier bahnt sich nämlich ein veritabler Skandal an, ein übles politisches Possenspiel auf dem Rücken schwerkranker Menschen: Trotz eindeutig positiver Ergebnisse spielt die große Politik nun auf Zeit, verhindert somit die Möglichkeit zur Regelversorgung, verleumdet und stellt gar die Bundesförderung für laufende Programme zur Heroinvergabe ein.

Obwohl die Mehrheit der Wissenschaftler, Ärzte, Drogenberater, Fachverbände und nicht zuletzt auch die Verbände der Betroffenen eine neue Studie für eine Heroinvergabe in Deutschland für überflüssig ansahen, wurde diese Studie seinerzeit durchgeführt. Holland und die Schweiz etwa schlossen bereits einige Jahre zuvor ebendiese Studien erfolgreich ab und setzten, ganz anders als in Deutschland, die positiven Ergebnisse in praktisches Handeln um: Heroin wurde in diesen Ländern als Medikament verschreibbar!

### **Zur Erinnerung hier noch einmal einige Fakten:**

- Der Auftrag der deutschen Studie lautete festzustellen, ob die Vergabe reinen Heroins dessen Substitution (Ersatz) durch Methadon bei einem bestimmten Personenkreis überlegen ist. - Sie ist es. Sogar ganz offensichtlich!
- Bei der Heroinvergabe geht es um Schadensminimierung sowie darum, das Überleben unserer geliebten Kinder, Enkelkinder, Verwandten, Freunde und Mitmenschen zu sichern. - Auch diese Schadensminimierung wird eindeutig erreicht.
- Es war hingegen ausdrücklich nicht Auftrag der Studie -und es ist auch etwas naiv, dies anzunehmen-, dass die meisten TeilnehmerInnen schnell den idealen Status der völligen Drogenabstinenz erreichen! Dafür sind die individuellen Schicksale und Persönlichkeitsstrukturen der Betroffenen in vielen Fällen schlicht zu komplex.

Es erübrigt sich hier und heute, die positiven Ergebnisse der Studie „gebetsmühlenartig“ zu wiederholen. All diese Details sind für Interessierte zu finden auf [www.heroinstudie.de](http://www.heroinstudie.de).

Die Politiker und Gesundheitsexperten der beteiligten -mehrheitlich sogar von der CDU geführten- Städte wollen die positiven Ergebnisse in die Praxis umsetzen.

Der Bundesrat hat mit großer Mehrheit beschlossen die medizinische Heroinvergabe in die Regelversorgung zu übernehmen.

Die Parteien im Deutschen Bundestag sind, bis auf die CDU/CSU Fraktion, alle für eine geregelte medizinische Heroinvergabe.

Dennoch bewegt sich in der Sache nichts. Es wird tragischer Weise weiterhin blockiert. Wurden die 32 Millionen € für die Heroin-Studie denn wirklich 'in den Sand gesetzt'?

Wir fordern die Fraktion der CDU/CSU daher auf, dem Vorschlag von SPD und Oppositionsparteien zur Änderung des derzeit geltenden Betäubungsmittelgesetzes zuzustimmen. Die christliche Nächstenliebe gebietet es insbesondere für Mitglieder der christlichen Parteien sich hier klar zu positionieren und somit viel unnötiges menschliches Leid zu verhindern!

Doch auch in den Reihen der SPD spiegelt sich offenbar vereinzelt eine gewisse Skepsis.

### **Daher unser Appell:**

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützt endlich die Vorkämpferinnen im Gesundheitsministerium (Schmidt, Caspers-Merk, Bätzing) und sagt **ja** zur Überlebenshilfe Heroinvergabe. Eine Mehrheit im Deutschen Bundestag zur medizinischen Heroinvergabe ist so gut wie sicher.

Um den Abgeordneten der Unionsparteien eine problemlose Zustimmung zur Heroinvergabe zu ermöglichen, fordern wir den üblichen Fraktionszwang bei dieser Abstimmung aufzuheben. Sie befänden sich bei Zustimmung im Einklang mit einem Großteil der Arbeitnehmerschaft ihrer Partei.

Dumpfe und verbohrt ideologische Vorbehalte gegen eine verpönte Substanz überwiegen einmal mehr gesicherte wissenschaftliche Fachkenntnis. Es drängen sich hier durchaus Begriffe auf wie:

- unterlassene Hilfeleistung
- Herabsetzen der Menschenwürde
- Nötigung
- Körperverletzung
- wenn nicht gar fahrlässige Tötung

### **Kann die Politik dies wirklich verantworten?**

**Können wir alle verantworten, unnötig Menschenleben zu gefährden?**

**Unsere Antwort darauf lautet klar und deutlich NEIN!**

*„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser allererstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“*

*-Heath Brook, Australien-*

**From:** [stadtjugendpfarramt.gera](mailto:stadtjugendpfarramt.gera)

**To:** [antiprohibition](#)

**Sent:** Sunday, July 20, 2008 4:03 PM

**Subject:** [antiprohibition] 100 Jahre moderne Prohibition

## **Drogenfreiheit?**

### **100 Jahre moderne Prohibition**

Ich bin für die Drogenfreiheit. Mehr noch; ich bin fest davon überzeugt, dass die Zukunft der Demokratie genau von diesem Punkt abhängig ist, nämlich ob es uns gelingt, Schritt für Schritt eine drogenfreie Gesellschaft durchzusetzen.

Dabei messe ich die Drogenfreiheit qualitativ am Maßstab der Religionsfreiheit. Religionsfreiheit bedeutet, dass der mündige Bürger/die mündige Bürgerin ohne Zwang selbst darüber entscheiden kann, welcher Religion sie angehören wollen. Dies schließt selbstverständlich auch das Recht mit ein, diese Religion zu leben. Ebenso schützt die Religionsfreiheit die Entscheidung, keiner Religion angehören zu wollen. Der Staat wiederum hat die jeweilige Entscheidung der einzelnen Menschen zu respektieren. Er darf diese Grundfreiheit nur dann einschränken, wenn andere Grundrechte gefährdet sind. Der Staat hat sogar die Pflicht, die Religionsfreiheit durchzusetzen.

Drogenfreiheit bedeutet demnach, dass der mündige Bürger/ die mündige Bürgerin ohne Zwang selbst darüber entscheiden können müssen, welche Drogen sie gebrauchen wollen und welche nicht. Dies schließt auch die Entscheidung ein, gar keine Drogen zu nutzen. Der Staat wiederum hat die jeweilige Entscheidung der einzelnen Personen zu respektieren. Er darf diese Freiheit nur dann einschränken, wenn andere Grundrechte gefährdet sind.

Religionsfreiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie wurde durch harte, zähe Kämpfe allmählich errungen. Religion hat starke normative Kraft und neigt zum Absoluten. Einst bestimmte die Obrigkeit, welche Religion in einem Gebiet gelten durfte und welche nicht. So entstanden konfessionell geprägte Staatsformen. Es gab orthodoxe, katholische, lutherische und reformierte aber ebenso schiitische oder sunnitische Länder. Die Dominanz einer Religion wurde mit allen staatlichen Mitteln durchgesetzt. Sondergesetze, Sondergerichte und Sonderpolizeieinheiten verfolgten Verstöße mit ganzer Härte. Verhaftung, Hausdurchsuchung und Verhöre waren Folge eines Verdachtes. Bei Verurteilung kam es zu Haft, Verbannung, Besizskonfiszierung bis hin zur Todesstrafe. Jeder der Demokratie verpflichtete Mensch wird zu Recht darauf hinweisen, dass demgegenüber die Religionsfreiheit eine sehr wesentliche Errungenschaft darstellt.

Welche Droge toleriert oder kulturell integriert war, variierte ebenfalls von Region zu Region, von Epoche zu Epoche. Über das Verbot einer entsprechenden Substanz entschied auch dabei der Staat. So wurde Gebrauch von Alkohol in islamischen Ländern ein Straftatbestand, während die Nutzung von Haschisch mitunter gebräuchlich blieb. In Europa wurde Kaffee lange Zeit einer drastischen Repression unterworfen, opiumhaltige Tinkturen waren als Volksmedizin bis ins 20. Jahrhundert hinein weit verbreitet. Entsprechende Verbote wurden und werden mit allen staatlichen Mitteln durchgesetzt. Sondergesetze, Sondergerichte und Sonderpolizeieinheiten verfolgen Verstöße mit ganzer Härte. Verhaftung, Hausdurchsuchung und Verhöre sind Folge bei Verdacht. Bei Verurteilung kommt es zu Haft, Verbannung, Besizskonfiszierung bis hin zur Todesstrafe.

Wenn die UNO die 100. jährige Prohibition als Erfolg feiert, ignoriert sie wesentliche Aspekte der Situation. Zum einen ignoriert sie ihren eigenen, grundlegenden Wertekanon. Die Vereinten Nationen sind dafür da, die Durchsetzung von Frieden und Menschenwürde zu unterstützen. Mit der Prohibition tun sie aber genau das Gegenteil sie fördern weltweit Krieg, Bürgerkrieg und Menschenrechtsverletzungen. Wenn die UNO auf das Zurückgehen von Anbau und Handel mit psychoaktiven Substanzen verweist, verschweigt sie den entsprechenden Preis.

Doch kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Wenn allein statistische Zahlen über Drogenmengen und deren Gebraucher zu Felde geführt werden, wird nichts über den konkreten Drogengebrauch ausgesagt. Die UNO setzt voraus, dass jeder Drogengebrauch an sich etwas Negatives darstellt. Damit ignoriert sie aber die Realität in unverantwortlicher Weise. Medizinische, religiöse und kulturell prägende Aspekte von Drogengebrauch werden bewusst ausgeblendet. Traditionell gewachsener, kulturell integrierter Drogengebrauch wird an vielen Stellen geradezu zerstört. Das ist in vielfältiger Form gefährlich.

Wenn die UNO Drogengebrauch an sich negativ wertet, bezieht sie in der Drogenfrage eine ähnliche Position, wie sie der sowjetische Staatgründer Wladimir Iljitsch Lenin in der Religionsfrage bezogen hatte. Für Lenin, dem, überzeugten Atheisten, waren alle Religionen schlecht. Der anständige, menschlich handelnde Priester war in seinen Augen sogar gefährlicher als ein offensichtlich korrupter Kirchendiener, weil Ersterer die Menschen über den wahren, destruktiven Charakter von Religion täuschte. Für Lenin war klar: Religion ist allein deshalb negativ und bekämpfenswert, weil sie Religion ist. Religionsfreiheit war Schwäche, war Kapitulation vor einem heimtückischen, gefährlichen Gegner. Nun hatte und hat Religion durchaus auch negative Züge. Doch welchen Sinn hätte es, Fanatismus, Intoleranz und klerikale Neurosen dadurch zu bekämpfen, indem man Religion an sich verbietet? Lenin, Stalin, Mao tse Tung, Pol Pot und vor allem Enver Hoxha sind diesen Weg gegangen. Das Ergebnis ist nur zu bekannt: Zerstörung der Demokratie und staatlicher Terror. Außerdem wurde die Ambivalenz von Religion ignoriert. Religion hat eben auch eine immense kulturprägende Kraft, ein hohes Potential an Widerstand gegen Unrecht und Leid, sie ist Quelle für Hoffnung, Kreativität und Menschlichkeit.

Nun hat Drogengebrauch durchaus auch negative Folgen. Die UNO versucht, diese zu bekämpfen, indem sie Drogen an sich verbietet. Auch hier wird die Ambivalenz von Drogengebrauch ignoriert.

Der Weg der Prohibition gefährdet nach meiner Einschätzung die Demokratie. Und dies ist, unabhängig von allen scheinbar überzeugenden Statistiken über Anbau und Handel, für mich der wesentliche Faktor bei diesem Problem. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass die Zukunft der Demokratie genau von diesem Punkt abhängig ist, nämlich ob es uns gelingt, Schritt für Schritt eine drogenfreie Gesellschaft durchzusetzen.

20. Juli 2008  
Michael Kleim Gera

Bundesweiter Gedenktag  
**Drogenbeauftragte fordert mehr Heroin-Ersatztherapien**



Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, fordert Methadon für Schwerstabhängige. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, hat dazu aufgerufen, Hilfsangebote für Drogenabhängige auszuweiten. Dazu zählten zum einen die sogenannten niedrigschwelligen Angebote wie Kontaktläden, Drogenkonsumräume, Übernachtungseinrichtungen, Straßensozialarbeit und die Vergabe von sauberen Spritzbestecks.

Bätzing forderte außerdem, die Heroin-Ersatztherapie als Regelbehandlung einzuführen. Nur so könnten mehr Menschenleben gerettet werden. Bislang gibt es diese Hilfe nur für Schwerstabhängige in Modellprojekten. Die Überführung in eine Regelbehandlung ist politisch umstritten. Die Union lehnt sie grundsätzlich ab.



Wer spritzt, braucht Hilfe.

**Erstmals wieder mehr Drogentote**

2007 starben in Deutschland 1.394 Männer und Frauen am Konsum illegaler Drogen. Das ist nach acht Jahren Rückgang erstmals wieder ein Anstieg der Todeszahlen. Der Drogenbericht konnte die Ursachen dafür noch nicht benennen. Laut Bericht ging der Konsum illegaler Drogen vor allem bei Jugendlichen sogar zurück.

**Gedenktag jährt sich zum zehnten Mal**

Bundesweit wird am 21. Juli der verstorbenen Drogenopfer gedacht. In mehr als 40 Städten gibt es dazu Aktionen. In Berlin-Kreuzberg wurde zum Beispiel eine Tafel enthüllt und eine Linde gepflanzt. In Leipzig erinnert eine Andacht in der Nikolaikirche an die Drogentoten. Vor der Kirche bieten Einrichtungen der Drogenhilfe Gespräche an. Den Gedenktag hatte der Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit vor zehn Jahren ins Leben gerufen.

**Links ins WWW**

- [Drogenberatungsstellen bundesweit \(Website der Uni Bonn\)](#)
- [Eurobarometer: Jugend und Drogen 2008 \(engl., pdf\)](#)
- [Drogen- und Suchtbericht des Gesundheitsministeriums](#)
- [Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit](#)
- [Homepage Bund gegen Alkohol und Drogen](#)
- [Drogenberatung Online](#)